

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD

Einführung von Abbiegeassistenten: Bremen muss mit gutem Beispiel vorangehen

In diesem Jahr gab es bundesweit schon viele tödliche Unfälle von Radfahrern mit rechts abbiegenden LKW. Auch an der Brillkreuzung in der Bremer Innenstadt ereignete sich im April dieses Jahres solch ein tödlicher Unfall. Die Bremische Bürgerschaft hat sich in einem beschlossenen Antrag dafür stark gemacht, elektronische Warnsysteme bei Lkw-Neuzulassungen auf Bundesebene vorzuschreiben. Ein entsprechender Antrag wurde von Berlin und Bremen gestellt und im Bundesrat angenommen. Es gibt eine parteiübergreifende Initiative aus CDU, SPD und Grünen im Bundestag. Das Papier fordert die Bundesregierung auf, national eine schnelle Einführung von Abbiegeassistenten zu prüfen, umzusetzen und zu fördern – wenn eine europäische Lösung nicht bald vereinbart wird.

Hamburg hat im Juni dieses Jahres beschlossen, den eigenen städtischen Fuhrpark mit Abbiegeassistenten umzurüsten, um mit gutem Beispiel voranzugehen. Bisher wird selbst bei Neufahrzeugen, für die ein Abbiegeassistentensystem eingebaut werden kann, nur in 12 Prozent der Anschaffungen tatsächlich ein Abbiegeassistent eingebaut. Die Kosten für die Installation eines Abbiegeassistenten belaufen sich auf etwa 2.300 Euro in Relation zu einem durchschnittlichen Lkw-Anschaffungspreis von 150.000 Euro. Der städtische Fuhrpark Bremens umfasst inklusive städtische Eigenbetriebe – exklusive Feuerwehr und Bremenports – gegenwärtig ca. 130 Lkw (davon etwa 29 Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht ab 7,5 Tonnen und etwa 100 Fahrzeuge bis zu 7,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht).

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. bei Neuanschaffungen von Lkw durch die Stadtgemeinde Bremen oder ihrer Eigenbetriebe nur solche mit Abbiegeassistenten auszuwählen;
2. die entsprechende Umrüstung der gegenwärtig durch die außerhalb der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr städtisch betriebenen 130 Lkws anzustrengen, soweit dies technisch und finanziell sinnvoll ist;
3. bei Anstalten und Beteiligungen ebenfalls auf Umrüstungen hinzuwirken;

4. sich auf Bundesebene der Hamburger Initiative anzuschließen, die die Bundesregierung auffordert, sich EU-weit verpflichtend für die Einführung von Abbiegeassistenten für Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht einzusetzen;
5. sich in Gesprächen mit der bremischen Speditionswirtschaft für den freiwilligen Einbau von Abbiegeassistenten einzusetzen.

Ralph Saxe, Dr. Maïke Schaefer und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Heike Sprehe, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD